

**Antrag 74/II/2025****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Geplante Haushaltsskürzungen stoppen – Bildungs-, Wissens-, & Sozialstadt Berlin retten****Empfehlung der Antragskommission  
erledigt bei Annahme 73/II/2025**

1 Wir fordern die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus sowie die SPD-Senator\*innen auf, die geplanten Haushaltsskürzungen des Berliner Senats abzulehnen.

4

5 Der derzeitige Haushaltsentwurf sieht vor, dass massiv im Sozialen-, Bildungspolitischen- und Wissenschaftlichem Bereich gekürzt wird. Dabei werden etliche Errungen schaffen, die die Berliner SPD in den letzten Jahren und Jahrzehnten für die Mehrheit der Berliner Bevölkerung erreicht hat, zumindest ernsthaft gefährdet.

11

12 Der Ausbau unserer wissenschaftlichen Einrichtungen wurde gerade von der Berliner SPD in den letzten Jahrzehnten vorangetrieben, wie z.B. die Entwicklung von Adlershof, die Sicherung der Existenz aller Universitäten und Hochschulen in Berlin, der Ausbau der Betreuung der Studierenden sowie die Maßnahmen zur Sicherung verlässlicher Beschäftigungsverhältnisse. All das wird nun gefährdet.

20

21 Die Stadt lebt von ihren Hochschulen und braucht jede einzelne, doch mit den geplanten Kürzungen im Umfang von 10 % bei gleichzeitig steigenden Kosten etc. im Umfang von mindestens 7 %, ist es nur eine Frage der Zeit und der jeweiligen internen Mehrheitsverhältnisse, welchen Teil ihres derzeitigen Betriebs / Angebots die Hochschulen nicht aufrechterhalten können.

28

29 Insbesondere die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge an TU und BHT erscheinen extrem gefährdet, da diese regelmäßig wenig Drittmittel einwerben und zugleich wesentliche zukunftsorientierte Ausbildungstandorte für die eher mittelständischen Berliner Handwerksbetriebe darstellen.

35

36 Beides ist im Rahmen der anti-wissenschaftlichen Zielsetzungen der reaktionären Kräfte in Berlin und Deutschland hinsichtlich der Zementierung überkommender Produktionsweisen und der Leugnung der Notwendigkeit des ökologischen Umbaus der Produktionsmittel als scheinbar „überflüssig“ schon länger ein wesentliches Angriffsziel.

43

44 Dazu kommt, dass die TU Berlin die einzige Universität mit Zielsetzung der zukunftsorientierten Verbindung von technologischen Erkenntnissen und sozialen Aufgaben in Berlin ist. Das diese jetzt besonders durch die Senatsbeschlüsse gefährdet wird ist eine Zumutung in Anbe-

49 tracht dessen, dass wir in den kommenden Jahrzehnten  
50 weit mehr technisches Knowhow benötigen werden. Da-  
51 her müsste die TU ausgebaut werden, dafür sind zunächst  
52 die umfassenden Kosten der längst überfälligen Sanierun-  
53 gen etlicher Gebäude zu übernehmen. Auch die anderen  
54 Universitäten und Hochschulen sind in nicht gerade we-  
55 nigen Bereichen sanierungsbedürftig, außerdem müssten  
56 etliche Gebäude endlich barrierefrei gestaltet werden. Der  
57 Wissensstandort Berlin wird also durch den Haushaltsan-  
58 satz des Senats gefährdet, dabei werden dringend mehr  
59 Gelder benötigt, um die derzeitige Arbeit zu erhalten und  
60 weiterauszubauen. Für uns ist klar: Wissenschaft und Bil-  
61 dung sind öffentliche Güter, keine reinen Standortfakto-  
62 ren. Der Zugang zu Hochschulen und Forschung muss für  
63 alle gesichert sein, unabhängig von ökonomischer Ver-  
64 wertungslogik.

65

66 Auch der Bildungspolitische Bereich wird von den Maß-  
67 nahmen massiv gefährdet.

68

69 Den Schulen mangelt es bereits an Geld. Es darf nicht sein  
70 das die Senatorin durch Budget Kürzungen dafür sorgt  
71 das nicht allen Schüler\*innen Arbeitshefte zu Verfügung  
72 gestellt werden können. Aber nicht nur das, die Haus-  
73 haltskürzungen gefährden, bspw. das kostenlose Schules-  
74 sen für alle, eine Errungenschaft für die grade die SPD  
75 lange gekämpft hat (und deren Abschaffung höhere ge-  
76 sellschaftliche und verwaltungsinterne Kosten verursa-  
77 chen wird, als die Beibehaltung). Etliche Schulen bedürfen  
78 außerdem immer noch einer Sanierung, die Sanierungs-  
79 programme, die gegen den Widerstand der reaktionären  
80 Kräfte grade durch die SPD vorangetrieben wurden, sind  
81 nun gefährdet.

82

83 Zudem müssen die Schulen umgebaut werden, viele sind  
84 immer noch nicht barrierefrei. Außerdem braucht es Geld  
85 für die längst überfällige Reform des Bildungswesens, die  
86 Schulen sollten umgebaut werden für kleiner Klassen und  
87 offenere Unterrichtsformen. Zudem zeigen die Zahlen, wir  
88 brauchen mehr ISSen und langfristig Gesamtschulen, es  
89 muss also mehr gebaut werden die Neubauphase, die  
90 in den letzten Jahren vorangetrieben wurde, soll nach  
91 dem Haushalt nicht weiter ausgebaut werden, das ist  
92 ein Problem. Außerdem müssten die Gymnasien in ISSen  
93 bzw. Gemeinschaftsschulen umgebaut werden, auch da-  
94 für braucht es mehr Geld.

95

96 Auch der außerschulische Bildungsbereich wird gefähr-  
97 det, sogar noch mehr, dabei ist dieser besonders wichtig.  
98 Etliche Projekte, die sich für marginalisierte Kinder ein-  
99 setzen und viel dafür tun das die Bildungsgerechtigkeit  
100 nicht noch weiter zu nimmt sind faktisch durch die ge-  
101 planten Kürzungen von der Weiterförderung ausgeschlos-

102 sen.

103

104 Angebote wie z.B. das der Landeszentrale für politische  
105 Bildung, dass alle Menschen in Berlin einmal im Quartal  
106 kostenlos oder zu einem geringen Preis vier Bücher aus  
107 dem politischen und geschichtlichen Bereich bekommen  
108 können, werden gefährdet, dabei sind es grade solche An-  
109 gebote, die eine niedrigschwellige Teilhabe und Weiter-  
110 bildungsmöglichkeit bieten. Solche und viele weitere An-  
111 gebote dürfen nicht gekürzt werden, sie müssen weiter  
112 finanziert, ausgebaut und auch entsprechend beworben  
113 werden, damit wirklich alle an ihnen teilhaben können.  
114 Wie im Wissenschaftsbereich braucht es also mehr und  
115 nicht weniger Geld für die Bildungsarbeit in Berlin.

116

117 Die Kürzungen im Sozialbereich sind auch massiv geplant,  
118 hier sind viele unterschiedliche Projekte betroffen, sie leis-  
119 ten wichtige Arbeit in dem sie marginalisierte Gruppen,  
120 wie Queere, FINTAS, BIPOC, Menschen mit Behinderung,  
121 Menschen mit Fluchterfahrung und/oder von Armut Be-  
122 troffene etc. unterstützen. Außerdem werden Projekte  
123 gekürzt die sich gegen Antisemitismus, Rechtsextremis-  
124 mus, Queerfeindlichkeit, Rassismus, etc. einsetzen. In ei-  
125 ner Zeit, in der der Rechtsextremismus immer weiter zu-  
126 nimmt und das besonders marginalisierte Menschen ge-  
127 fährdet sind solche Projekte essenziell, besonders in einer  
128 Stadt wie Berlin, die grade durch ihre Geschichte weiß, wie  
129 wichtig es ist eine starke soziale Gesellschaft zu haben  
130 und die auch deshalb eine Regenbogen Stadt sein möch-  
131 te, in der alle Menschen willkommen sind. Dafür braucht  
132 es diese Sozialen Projekte, diese müssen aufrechterhalten  
133 werden und weiter ausgebaut werden.

134

135 **Wir fordern daher:**

136

- 137 • Die Ablehnung der geplanten Haushaltsskürzungen  
138 des Berliner Senates
- 139 • In den Bereichen Bildungspolitik, Soziales und Wis-  
140 senschaft dürfen keine Kürzungen erfolgen, statt-  
141 dessen sind die entsprechenden Etats mindestens  
142 im Umfang eines vollständigen Inflations- und Ta-  
143 rifanpassungsvolumens zu erhöhen
- 144 • Der Wissensstandort Berlin muss vollständig auf-  
145 rechterhalten werden und weiter ausgebaut wer-  
146 den
- 147 • Die Finanzierung der Sanierung, Digitalisierung und  
148 des barrierefreien Umbaus der öffentlichen Schulen  
149 und Hochschulen soll gewährleistet werden
- 150 • Die Finanzierung des Neubaus von Gemeinschafts-  
151 schulen soll gewährleistet werden sowie der Umbau  
152 von Gymnasien in solche
- 153 • Die Sozialen Projekte der Stadt Berlin sollen ausrei-  
154 chend weiter finanziert und ausgebaut werden

